

Militärjunta erweitert Kabinett

Der Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) gab am 29. Januar über den staatlichen Rundfunk eine Kabinetterweiterung bekannt. Geheimdienstchef Khin Nyunt sagte, die Veränderungen „zielten darauf ab, eine Nationalversammlung einzuberufen, um eine starke Verfassung für die Entstehung einer Demokratie zu verabschieden.“

Diplomaten stehen der Erklärung eher skeptisch gegenüber. Sei vorher noch einiges als Über-

gangsregelung erschienen, z.B. daß einzelne Minister für mehrere Geschäftsbereiche zuständig waren, scheinete sich die Militärregierung nun eher darauf einzustellen, lange an der Macht zu bleiben, als sich auf eine Machtübergabe vorzubereiten. Die fünf Zivilisten unter den neuen Ministern werden als Technokraten eingestuft.

Neue Minister und ihre Geschäftsbereiche: Brig Gen Myo Thant, Informationsminister; Brig Gen Maung Maung, Minister für

Fischerei und Viehzucht; Khin Maung Thein, Energieminister; Win Sein, Minister für Eisenbahntransportwesen; Than Shwe, Ministerium Industrie-2; Khin Maung Yin, Bauminister; Saw Tha, Post- und Telegraphieminister.

In den unveränderten Geschäftsbereichen bleiben: Obergeneral Saw Maung, Premier- und Verteidigungsminister; Vizeadmiral Maung Maung Khin, Bergbauminister; Lt Gen Tin Tun, Minister für Transport, Arbeit und Wohlfahrt; Lt Gen Phone Myint, Minister für Inneres, Reli-

gion und Kultur; Lt Gen Aung Ye Kyaw, Koordinationsminister; Lt Gen Sein Aung, Ministerium Industrie-1; Lt Gen Chit Swe, Ministerium für Landwirtschaft und Forsten; Brig Gen David Abel, Planungs-, Finanz- und Handelsminister; Col Pe Thein, Gesundheits- und Erziehungsminister; Ohn Gyaw, Außenminister.

Zugleich sind sieben Zivilisten und vier ranghohe Militäroffiziere zu stellvertretenden Ministern ernannt worden.

NR/BP 31.1.92

Studenten richten 15 „Spione“ hin

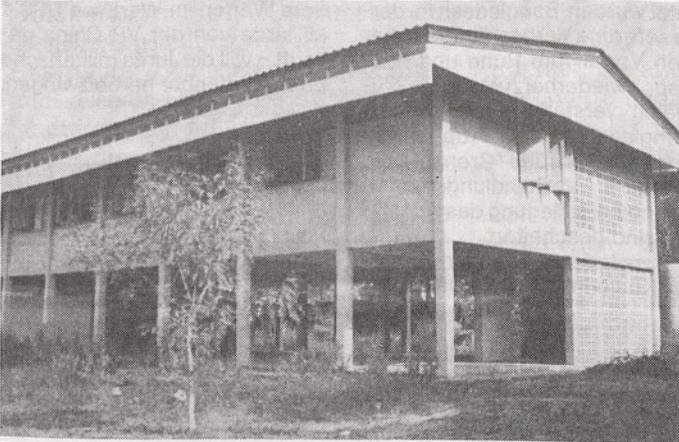
15 von 80 angeblichen Regierungsspionen sind am 12. Februar von der All Burma Students' Democratic Front (ABSDF) im nördlichen Kachin Staat hingerichtet worden. Die 80 Betroffenen seien geständig gewesen, so die ABSDF-Führer. Sie gaben aber zu, daß Geständnisse durch Schläge und Elektroschocks herbeigeführt worden seien. Dennoch betonten

sie, daß Urteilsprüche erst nach eindeutiger Beweislage gefällt wurden. Der ABSDF-Hauptverband in Manerplaw war von den Todesurteilen nicht unterrichtet. Bereits letzten August ist das Geheimdienstnetz entdeckt worden. ABSDF teilte mit, es habe in dieser Phase des Krieges keine Alternative zu den Hinrichtungen gegeben. Es sei unmöglich gewesen, die Angeschuldig-

ten laufenzulassen, da sie zu viel über Pläne und Strukturen der ABSDF gewußt hätten. Viele seien Militärangehörige des Geheimdienstes gewesen. Die 65 anderen, die kleineren Verbrechen angeklagt waren und oft zur Spionagetätigkeit gepreßt worden seien, sollen wahrscheinlich nicht hingerichtet werden.

NR 29.2./1.3.92

„Sicherheits“lager für burmesische Flüchtlinge in Thailand



Das Hauptgebäude des Lagers.

Foto: BP '92, S. 3

Seit dem 17. Februar läuft für rund 2000 Studenten, die nach Thailand geflohen sind, die Frist, sich beim thailändischen Innenministerium für ein „offenes Lager“ registrieren zu lassen. Wer sich bis zum 16. Mai nicht meldet, wird als illegaler Einwanderer betrachtet und muß mit Verhaftung und Abschiebung rechnen.

In einem ehemaligen Polizeiquartier, in Tambon Wang Manao in der Provinz Ratchaburi, sollen 500 bis 600 Studenten untergebracht werden. Die Studenten bekommen eine Kenn-

karte und sollen sich auch außerhalb des Lagers bis zu sieben Tage lang frei bewegen dürfen. Studentenfürher sollen offiziell unterrichtet und ausgebildet werden. Die registrierten Burmesen behalten das Recht, Thailand zu verlassen. Das Innenministerium will damit alle politischen Aktivitäten der Burmesen innerhalb Thailands unterbinden. Das Lager soll bestehen, bis sich die politische Situation in Burma gebessert hat.

Die Angaben des Ministeriums lassen laut Hilfsorganisationen u.a. folgende Fragen unbeant-

wortet: Was passiert mit den Studenten, die sich registrieren lassen, aber nicht akzeptiert werden? Nach welchen Kriterien werden die Studenten ausgesucht, die im Lager unterkommen?

Die Studenten lehnen das Lager ab und fordern ihre Anerkennung als politische Flüchtlinge. Sie fürchten, daß bei einer Registrierung Daten an den SLORC weitergegeben werden, was Konsequenzen für Angehörige in Burma haben könnte. Außerdem befürchten die Studenten, entgegen der Zusage der thailändischen Regierung, eine Abschiebung nach Burma.

Der UNHCR sowie andere Hilfsorganisationen dürfen tagsüber in das Lager, es soll ihnen aber nicht erlaubt werden, Vertretungen dort einzurichten. Das Innenministerium will außerdem, daß jegliche Hilfe künftig über das Ministerium verteilt wird, um eine Verdoppelung der Unterstützung zu vermeiden.

vgl. BP 8./18./19.2.; NR 18./20.2.92; eigene Quellen

Kurzmeldungen

Anfang Dezember reiste Raul Manglapus auf einer inoffiziellen Menschenrechtsmission nach Burma. ASEAN hatte ihn im Zuge ihrer Politik des „konstruktiven Engagements“ als Abgesandten bestimmt; SLORC hat ihn jedoch nur in seiner Eigenschaft als philippinischen Außenminister empfangen. Ein Treffen mit Aung San Suu Kyi wurde ihm verwehrt. Laut Manglapus, fürchteten Burmas Generäle, sich im Falle einer Machtübergabe einer Art „Nürnberger Prozessen“ stellen zu müssen. (NR 3.12., B.U.R.M.A. Dez. 91)

Die Siemens AG hat im Dezember mit der Myanmar Holdings Systems Ltd. das Joint venture „Myanmar Electronic Systems Ltd.“ gegründet. Das Unternehmen soll elektronische Produkte im In- und Ausland vermarkten, ein technisches Service-Zentrum bereitstellen und allgemeine Handelsaktivitäten durchführen. Myanmar Economic Holdings ist das größte private Unternehmen in Burma. Die Eigentümer sind Militärangehörige im Ruhestand und im Dienst sowie militärische Organisationen. Auf Anfrage teilte Siemens mit, es entspreche nicht der Realität, daß Siemens finanziell und kommerziell mit dem SLORC verbunden sei. Das Werk in Burma sei lediglich für die Wartung medizinischer Geräte und die Unterstützung von Einrichtungen des Gesundheitswesens zuständig, darin sei kein unethisches Handeln zu sehen. (MDA 6.12.91, Feer 19.12.91, eigene Quellen)

Kurzmeldungen

Die Militärregierung hat 2096 Lehrkräfte der Universität von Rangun und anderer Ausbildungsinstitute auf einen vierwöchigen Kurs über Menschenführung, Aufrechterhaltung von Disziplin und Moral und über die Rolle der Streitkräfte während des burmesischen Unabhängigkeitskampfes in ein Lager nördlich von Rangun geschickt. Es wäre nicht zu den Studentendemonstrationen (am 10. und 11. Dezember 1991 anlässlich der Friedensnobelpreisverleihung) gekommen, wenn die Lehrer den Studenten klar Einhalt geboten hätten, so Geheimdienstchef Khin Nyunt. (BP 8.1., FEER 13.2., B.U.R.M.A. Feb. 92)

*

Norwegen hat im Dezember als erstes Land Premierminister der Nationalen Koalitionsregierung (NCGUB), auf Ministerbene empfangen. NCGUB hatte sich im Dezember 1990 aus gewählten Parlamentariern als Gegenregierung zum SLORC formiert. Norwegen werde die demokratischen Kräfte so weit wie möglich unterstützen, so ein Sprecher des norwegischen Außenministeriums, doch würden die Beziehungen zur herrschenden Militärregierung nicht abgebrochen, solange sie das Land kontrolliere. Norwegen hat der NCGUB US\$ 319.000 zur Verfügung gestellt. Das Geld soll über Nicht-Regierungsorganisationen verteilt werden. (NR 13.12.91)

*

Zwei NLD-Mitglieder sind im Gefängnis gestorben. Der Parlamentarier Tin Maung Win starb im Januar in Ranguns Insein-Gefängnis. Diplomaten und Verwandte zweifeln die offizielle Darstellung der Militärregierung an, er sei an Leukämie gestorben. Bereits im November starb Maung Ko. Die Behörden teilten mit, er habe Selbstmord begangen. Verwandte vermuten, er sei zu Tode gefoltert worden. (BP 8.2.92)

Bürgerkrieg an allen Fronten

Im Dezember 91 startete die burmesische Armee ihre alljährliche Trockenzeit-Offensive. Im Gebiet der Karen, an der Grenze zu Thailand, nahmen die Truppen des Staatsrats zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung (SLORC) am 20. Dezember einen Stützpunkt der Karen National Union (KNU) ein. Thailand hat seine Grenzpatrouillen verstärkt und mit Warnschüssen darauf reagiert, daß burmesische Truppen mehrfach auf thailändisches Gebiet vorgezogen sind, um von dort die KNU anzugreifen.

Geheimdienstchef Khin Nyunt hat die Einnahme Manerplaws, des symbolhaftesten Stützpunktes in Burma, zum Hauptziel der Offensive erklärt. Das Hauptquartier der Opposition steht für den geeinten Widerstand gegen die Militärdiktatur. Das Lager und andere Stützpunkte nahe der thailändischen Grenze stehen unter den schwersten Angriffen seit Beginn des Bürgerkrieges vor 40 Jahren. Einige Stützpunkte der KNU und der Studenten, nahe des Hauptquartiers, sind inzwischen eingenommen. Die Regierungstruppen sind auf sechs bis acht Kilometer an Manerplaw herangerückt.

Die Kampfhandlungen haben auf beiden Seiten hunderte Soldaten das Leben gekostet. Viele der Kämpfenden sind Jugendliche. Auch die Zivilbevölkerung ist hart betroffen. Die burmesische Armee rekrutiert Dorfbevölkerung als Träger und Trägerinnen, um Waffen und Nahrungsmittel an die Front zu schaffen. Häufig müssen sie als lebende Schutzschilde gegen

Minen den Truppen vorangehen. Tausende Karen fliehen nach Thailand, wo inzwischen 65.000 Flüchtlinge entlang der Grenze leben.

Gleichzeitig greift das burmesische Militär im Nordwesten, an der Grenze zu Indien, Stammesangehörige der Naga an. 1600 Menschen sind nach Indien geflohen. Indische Militärs berichteten, daß 150 Menschen bei den Kämpfen ums Leben gekommen sind. Indische Beobachter halten die Gefechte für die Vorbereitung einer Großoffensive gegen die Kachin.

Seit Mitte letzten Jahres fliehen immer mehr Rohingyas, muslimische Arakanesen, nach Bangladesh. Die burmesische Armee hat ihren Kampf gegen die „Rebellen“ im mehrheitlich muslimisch bewohnten Arakan-Staat verstärkt. Beobachter vermuten, daß die Einheit der überwiegend buddhistischen Regierungssoldaten durch ein muslimisches Feindbild gestärkt werden soll. Nach Kämpfen mit der Rohingya Solidaritätsorganisation (RSO) nahe der Grenze, griffen burmesische Soldaten im Dezember einen bengalischen Armeegrenzposten an, wobei ein Soldat getötet und vier verletzt wurden. Bangladesh forderte sofortige Verhandlungen über den Vorfall, um Ruhe und Frieden wiederherzustellen. Zugleich verstärkten Burma und Bangladesh ihre Truppenaufkommen in der Grenzregion. Mehrere Verhandlungsrunden über eine Beilegung des Konfliktes sind gescheitert.

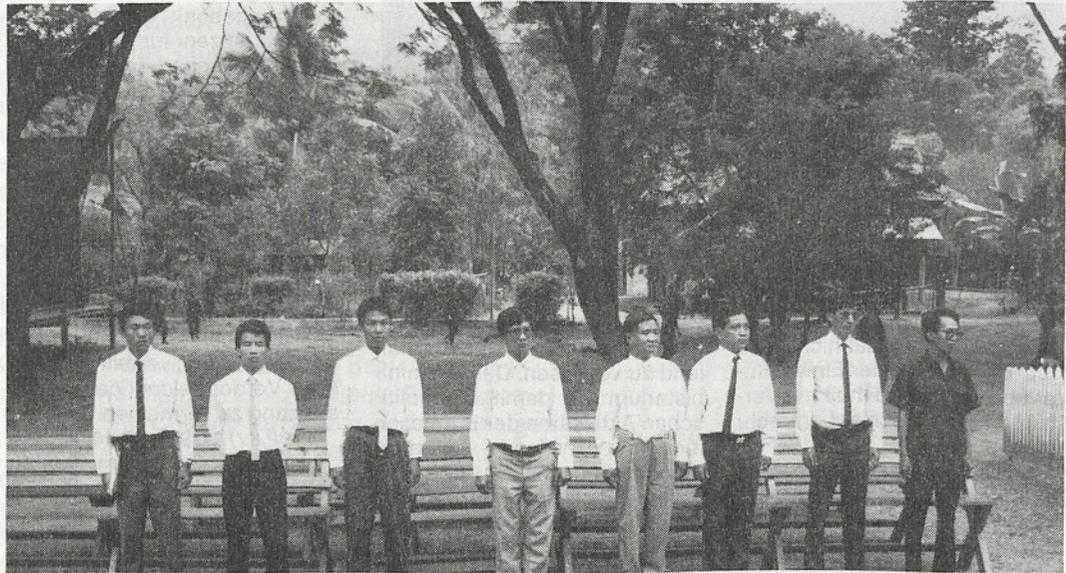
Bangladeshs Premierministerin Khaleda Zia will Ende März

bei einem Besuch in Washington wahrscheinlich über eine militärische Unterstützung durch die USA reden. Unterdessen hat Malaysias Regierung, ihre Politik der Nichteinmischung modifiziert und dem burmesischen Botschafter mitgeteilt, es sei Malaysias Wunsch, daß die Rohingyas unversehrt in ihr Land zurückkehren könnten.

Die Verfolgung der Rohingyas geht unterdessen weiter. Die Zahl der Flüchtlinge wird mittlerweile auf 200.000 geschätzt. Sie berichten von schwersten Menschenrechtsverletzungen: Familien, die seit Generationen in dem Gebiet leben, würden zwangsumgesiedelt, ganze Dörfer niedergebrannt, Betende in Moscheen erschossen, Frauen vergewaltigt, Menschen zu Arbeits- und Trägerdiensten gezwungen und sogenannte Rebellen gefoltert.

Obwohl Rangun seit 40 Jahren gegen die ethnischen Minderheiten kämpft, ist es das erste Mal, daß das Militär an allen Fronten gleichzeitig Offensiven auslöst. Innerhalb weniger Jahre ist die Truppenstärke von 190.000 auf 300.000 vergrößert worden. Nach der massiven Aufrüstung in den vergangenen zwei Jahren – Burma hat Panzer, Kampfflugzeuge, Kanonenboote und andere Waffen im Wert von US\$ 1 Milliarde von der VR China gekauft – will die Junta militärische Erfolge offenbar herbeizwingen.

vgl. BP 20./22./24.-26.12., 9./11./16.-19./29./30.01., 2./6./7./10./16./25.2., 1./10./14./15.3.92, NR 23./24./26.12., 9./10./12./15./18./19./28.1., 7./10./12./16./18./20./27.2.92 FEER 27.2.92, FR 16.3.92



Die Gegenregierung in Manerplaws.

Foto: Archiv